

DOUGLAS

## Gehen wegen Advent die Lichter aus?

Die Douglas-Gründerfamilie Kreke fürchtet um die Zukunft der Parfümerie-, Buch- und Schmuck-Kette (unter anderem Thalia, Christ). Ihre Angst: eine Zerschlagung des Unternehmens mit seinen 24.000 Beschäftigten, wenn der US-Finanzinvestor Advent diese Woche den Douglas-Gesellschaftern ein Übernahmeangebot macht. Neben der Familie Kreke, der rund 13 Prozent gehören, sind das unter anderen die Oetker-Gruppe, die gut ein Viertel der Aktien hält, sowie der schwäbische Drogerieunternehmer Erwin Müller. Der Kreke-Clan war in den vergangenen Monaten selbst mit dem Versuch gescheitert, das Unternehmen mit Hilfe eines Finanzinvestors zu restrukturieren. Nun scheint es, als habe die Hagerer Unternehmerfamilie den monatelangen Übernahmewettkampf verloren, der Preis war zu hoch. Die beiden anderen Großaktionäre Oetker und Müller wollen lieber Kasse machen und teuer an Advent verkaufen.



ALEX DOMANSKI / REUTERS

### Douglas-Auslage

Oetker plagen Gewinneinbrüche der Reederei Hamburg Süd, auch Müller braucht Geld. Der Kreke-Clan sieht in der Advent-Offerte, die zwischen 38 und 40 Euro pro Anteil liegen soll, eine große Gefahr für das Unternehmen. „Bei dem Preis wird sich jeder Investor ein hohes Renditeziel setzen – und im Zweifelsfall die Firma zerschlagen, wenn sie dieses nicht erreichen kann“, heißt es aus dem Umfeld der Familie. Man selbst setze dagegen alles daran, die Firma als Ganzes zu erhalten.



GORDON WIETERS / LANF

Le-Buffer-Restaurant im KaDeWe Berlin

KARSTADT

## Billiger kochen und kellnern

Der Essener Kaufhauskonzern Karstadt muss offenbar weiter sparen und will sich daher von rund 1400 Gastronomie-Beschäftigten trennen – um sie gleich wieder zu schlechteren Bedingungen einzustellen. Ende vergangener Woche wurde den Betroffenen in einem elfseitigen Schreiben mitgeteilt, dass sie künftig bei der Le Buffet Restaurant GmbH angestellt würden, einer hundertprozentigen Tochterfirma des Konzerns. Grund für die Maßnahme sei, dass sich Karstadt „künftig noch intensiver auf die eigentliche Kernkompetenz des Unternehmens“ konzentrieren wolle, heißt es in dem Schreiben. Was der Brief verschweigt: Der Konzern erhofft sich durch die neue Struktur Einsparungen in Höhe von etwa 2,7 Millionen Euro, weil die Mitarbeiter von Le Buffet nicht nach dem Karstadt-Haustarif, sondern nach

den deutlich niedrigeren Tarifen der Gastro-Gewerkschaft NGG entlohnt werden. Für Köche und Kellner heißt das unter anderem, dass sie künftig 40 statt 37,5 Wochenstunden arbeiten müssen, weniger Urlaub und weniger Geld bekommen. Wer gegen seine Ausgliederung Einspruch einlege, müsse mit einer Kündigung rechnen, heißt es in dem Schreiben. Die neue Regelung soll bereits zum 1. Oktober in Kraft treten, obwohl der Aufsichtsrat noch nicht zugestimmt hat und der Gesamtbetriebsrat sie ablehnt. Erst Mitte Juli hatte Karstadt angekündigt, 2000 Stellen abzubauen zu wollen. Dabei hatte Karstadt-Eigner Nicolas Berggruen bei der Übernahme des Warenhauskonzerns vor zwei Jahren versprochen, alle Jobs zu erhalten und die Rahmenbedingungen nicht zu verschlechtern. Karstadt äußerte sich zu dem Vorgang nicht.

KABINETT

## Das Sparen der anderen

Trotz rekordverdächtig hoher Steuereinnahmen gehört die Konsolidierung des Haushalts nicht gerade zu den Stärken der schwarz-gelben Regierung. Immerhin wollen 9 der 14 Ministerien ihre Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit im nächsten Jahr einfrieren – obwohl im Herbst 2013 die Bundestagswahl ansteht. Vier Ministerien, darunter das Auswärtige Amt, wollen sogar sparen. Nur Ursula von der Leyen (CDU) widersetzt sich dem

Trend. Sie will den PR-Etat ihrer Behörde 2013 auf gut 10,7 Millionen Euro erhöhen. Das entspricht knapp 1,3 Millionen Euro mehr, als für dieses Jahr offiziell eingeplant sind. Zwar geht ein Teil davon auf interne Umbuchungen zurück – unterm Strich bleibt jedoch eine Zusatzforderung von 800.000 Euro. Im Arbeitsministerium heißt es zur Begründung: „Wir informieren über Sozialleistungen und Ansprüche für Millionen Menschen.“ Außerdem sei der entsprechende Betrag in den Vorjahren stets veranschlagt gewesen – Bürokratendeutsch für: „Habenwimmerschonsogemacht“.